

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Kommende Feiertage:
Cordula Eger appelliert
an soziales Miteinander

7 In welchem Europa wollen wir
leben?: Beitrag von Martin
Schirdewan zum EU-Parlament

10 Rückblick auf der Time-
line: Das war das Jahr
der Fraktion DIE LINKE



Weihnachten steht vor der Tür und damit für viele Menschen eine besinnliche Zeit in einer Welt, die uns derzeit alles andere als besinnlich erscheint. Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands in der Ukraine, der Terror der Hamas in Israel, die Klimakrise und eine Vielzahl weiterer globaler Krisen lassen nicht wenige Menschen pessimistisch in die Zukunft blicken.

Fakt ist: Viele der Probleme, die uns beschäftigen, sind menschengemacht und können deshalb auch von Menschen gelöst werden, wenn wir uns gemeinsam darüber klar werden, wohin wir im Großen wollen - bei allen inhaltlichen Differenzen auf dem Weg dorthin. Europa und die Europäische Union sind in diesem Zusammenhang unschätzbar wertvolle Ressourcen, die uns über Grenzen hinweg die Chance bieten, mit unseren Freunden und Nachbarn gemeinsam die großen Fragen der Zeit zu bearbeiten, die schon lange vor Grenzen keinen Halt mehr machen. Während die AfD um Björn Höcke davon schwadroniert, dass die EU „sterben“ müsse, sage ich ganz deutlich: Wer so spricht, setzt nicht nur die europäische Solidarität aufs Spiel, sondern gefährdet auch ganz konkret den Wohlstand unseres Freistaates Thüringen. Schon lange exportieren Thüringer Unternehmen in größtem Maßstab innerhalb der EU ihre erstklassigen Waren und profitieren von der Freizügigkeit und den europäischen Märkten. Wenn wir im kommenden Jahr in den Europawahlkampf gehen, steht also mehr auf dem Spiel als einige Parlamentssitze. Gemeinsam mit meiner Partei kämpfe ich für ein buntes, ein europäisches Thüringen, das - umgeben von Partnern - wie schon einmal vor über 30 Jahren bei den Transformationsprozessen der Gegenwart und Zukunft mutig mit vorangeht und all seine Erfahrungen und Ideen zum Wohle unseres europäischen Hauses einbringt! Ich wünsche Ihnen von Herzen ein gesegnetes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins neue Jahr und vor allem die Zuversicht, dass wir auch die vor uns allen liegenden Aufgaben gemeinsam meistern werden.

Ihr Bodo Ramelow



Frohe Festtage!

Nicht allen ist es möglich, im Kreise der Liebsten zu feiern. Wir denken auch an sie und wollen solidarisch beisammen stehen.

Linker Ticker

Der bildungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE **Torsten Wolf** zur aktuellen Pisa-Studie 2022: „Soziale Herkunft und unmittelbare Migrationserfahrung sind in Deutschland wieder stärker die bestimmenden Faktoren beim Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen. Den Autoren der Pisa-Studie 2022 ist in ihrem Fazit zuzustimmen, wenn sie feststellen, dass die Ergebnisse ‚besorgniserregend‘ sind. Wir erwarten von der Kultusministerkonferenz einen mit der Bildungswissenschaft abgestimmten „Maßnahmeplan Bildungserfolg“, den wir im Bildungsausschuss zusammen mit der Landesregierung auf die Thüringer Herausforderungen anpassen werden. Herkunft darf nicht länger Zukunft bestimmen.“ +++ Angesichts des von der CDU-Fraktion vorgestellten Gesetzentwurfs zur Errichtung einer Zentralen Ausländerbehörde mit Rückführungszentren erklärt **Katharina König-Preuss**, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Das Gesetzesvorhaben der CDU strotzt nicht nur vor Inhumanität, es setzt erneut auf rechte Mehrheiten mit der AfD.“ König-Preuss betrachtet den Plan, schutzsuchende Menschen künftig nach dem fiktiven Merkmal der Bleibeperspektive zu selektieren und in Ankerzentren unterzubringen, äußerst kritisch.+++ Das Thüringer Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation (TLBG) hat sein Angebot erweitert. Damit sind nun Auszüge aus dem Liegenschaftskataster kostenlos abrufbar. „Thüringen ist bislang das einzige Bundesland, das diese Möglichkeit anbietet. Dies ist ein wichtiger Schritt für die Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren und die Verbesserung des Angebotes von Behörden gegenüber Bürgerinnen und Bürgern“, so **Ralf Kalich**, Sprecher für Landesentwicklung der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Richtigstellung

In der letzten Ausgabe (22/2023) wurde auf Seite 2 ein Artikel unter falscher Überschrift abgedruckt. Wir möchten hiermit richtig stellen, dass es natürlich nicht heißen sollte: „Tarifbindung zieht reale Lohneinbußen mit sich“, sondern „Tarifbindung zieht reale Lohnerhöhungen mit sich“. Die Redaktion bittet diesen Fehler zu entschuldigen.

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 7. Dezember 2023

„Für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch einen Platz hat“

Cordula Eger

Weihnachten verbinden wir damit viel Zeit mit unserer Familie und Freunden zu verbringen, mit Ruhe und Besinnlichkeit, mit Bescherung und weihnachtlichen Bräuchen. Doch nicht allen ist es möglich, an Weihnachten ruhige Feiertage mit dem engsten Kreis zu verbringen, deshalb möchte ich denjenigen Familienmitgliedern, die an den Feiertagen arbeiten, zum Beispiel in Supermärkten, Krankenhäusern oder in Pflegeeinrichtungen sehr danken, denn ihre Arbeit ist von unschätzbarem Wert für unsere Gesellschaft.

Familie ist für DIE LINKE vielfältig. So vielfältig Familien in Thüringen sind, so unterschiedlich ist auch ihr Weihnachtsfest. Egal ob Kleinfamilien, Alleinerziehende mit Kindern, pflegende Angehörige, Mehrgenerationen-, Patchwork- oder Regenbogenfamilien, unabhängig der sexuellen Orientierung und Herkunft stärken wir alle Familienformen mit ihren individuellen Bedürfnissen. Mit seinem Familienbegriff nimmt Thüringen eine Vorreiterrolle ein und dieser ist vergleichbar in anderen Bundesländern kaum zu finden. Weihnachten ist das „Fest der Familie und des Friedens“. Ich wünsche mir, dass es wirklich allen Familien möglich ist, schöne Tage zu verbringen: Ohne sich Gedanken darüber machen zu müssen, ob am Ende des Monats das Geld ausreicht und es über Weihnachten und den Rest des Jahres ein warmes Essen gibt, ohne Angst davor, in eine ungewisse Zukunft abgeschoben zu werden, ohne Sorgen davor, was das kommende Jahr bringen wird, ohne das Gefühl, in der Gesellschaft unbedeutend oder allein zu sein. Vielen Familien ist es nicht gegeben, Weihnachten gemeinsam zu verbringen, da viele Familien durch Krieg und Flucht weit voneinander getrennt sind. Lasst uns weiterhin, besonders in diesen Zeiten

zusammenhalten und solidarisch mit denen sein, die unsere Unterstützung benötigen. Um auch im neuen Jahr für die großen und kleinen Momente des Familienlebens mehr Zeit und Möglichkeiten zu haben, können wir die guten Rahmenbedingungen nutzen, die die rot-rot-grüne Landesregierung in den letzten Jahren geschaffen hat, um alle Familien in Thüringen zu unterstützen. Ich möchte, dass sich Thüringen auch künftig mit einer Willkommenskultur für Familien auszeichnet und die Familienförderung verstetigt wird und in der Vielfalt der Familien ankommt. Sehr froh bin ich, dass DIE LINKE Thüringen für das Jahr 2024 umfangreiche wichtige familienpolitische Forderungen auf den Weg gebracht hat, die zusammen mit der LAG Senioren, weiteren Unterstützer:innen und mir erarbeitet wurden. Diese wurden beim 9. Landesparteitag im September dieses Jahres mit dem Antrag „Vielfalt der Familien stärken - soziale Familienpolitik für alle Generationen“ beschlossen.

Lasst uns besonders im Jahr 2024, das durch den Wahlkampf geprägt sein wird, gemeinsam streiten für soziale Gerechtigkeit, für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen Platz hat und für eine friedliche und lebenswerte Zukunft für die Menschen aller Generationen in Thüringen. Wir werden auch im kommenden Jahr nicht müde, ein familienfreundliches Bundesland zu bleiben und Familien zu unterstützen.

Frohe Weihnachten, alles Gute und viel Gesundheit fürs neue Jahr!

„Ich möchte, dass sich Thüringen auch künftig durch eine Willkommenskultur für Familien auszeichnet, die Familienförderung verstetigt wird und in der Vielfalt der Familien ankommt.“

Cordula Eger,
Sprecherin für Familien
und Senioren



Wer das persönliche Gespräch sucht, kann überzeugen

Ein Plädoyer für Haustürgespräche in schwierigen Zeiten

Gespräche an der Haustür? Das klingt für viele nach dem Aufschwätzen von Glasfaser-Verträgen, nach Grenzüberschreitung. Nach etwas, das man nicht tut. Einfach an fremden Türen klingeln? Unmöglich! Wer den Versuch wagt, ist jedoch überrascht von der Wirkung sowohl bei den Bewohner:innen als auch bei sich selbst. Denn wer das direkte Gespräch sucht, überzeugt die Gegenüber und lernt gleich für sich persönlich dazu. An der Wohnungstür blicken wir ungefiltert in das Leben der Menschen um uns. Wir treffen Menschen, die gerade von der Schicht kommen, Kinder betreuen oder keine Zeit zum Reden haben, weil sie eben erst aus dem Krankenhaus entlassen worden sind. Diese Geschichten können verbinden, wenn man sie teilt, wenn man zuhört. Oft wird in den Gesprächen klar:

Der Blick in die Zeitungen und sozialen Netzwerke verwirrt mehr als dass er aufklärt. Es passiert viel zu viel, selten etwas gutes. Angst um die eigene Zukunft und die der Kinder macht sich breit, die Lust auf Politik nimmt ab. Das Vertrauen in die Regierungen sinkt, weil Politik so kompliziert wirkt wie nie. Da hilft nur das direkte, ehrliche Gespräch. Als Mandatsträger:innen müssen wir zuhören, Kritik annehmen

und aufklären. Kein Zeitungsartikel, kein noch so gut konzipierter Beitrag in den sozialen Medien kann auffangen, was Menschen umtreibt. Denn anders als bei diesen Formaten sind wir an der Haustür nicht nur Sender, sondern auch Empfänger von Informationen.

Vertrauen gewinnt, wer ehrlich zuhört

Wir sind erst einmal zum Zuhören da, nicht nur, um für unsere politischen Ideen zu werben. Wenn man sich die Zeit nimmt, den Weg zu jeder Wohnungstür zu gehen, jede Treppe zu nehmen und jede Klingel zu drücken. Vertrauen gewinnt man auch, wenn man bereit ist, Kritik anzunehmen oder auch manchmal zu akzeptieren, dass Türen vor der Nase zugeworfen werden. Und somit bereit ist, auf den Frust der Menschen mit Verständnis und Mitgefühl zu reagieren. Die Müllsituation im Wohnquartier beeinflusst die Zufriedenheit unserer Mitmenschen oft stärker als unsere Aktuellen Stunden im Parlament. Ein Umstand, den wir uns immer wieder bewusst machen müssen. An der Haustür lernen wir, welche Straßenlaternen repariert gehören, wo der Müll zu selten abgeholt wird, warum Menschen die Straßenbahn nicht

mehr nutzen oder wo sie sich mehr Hilfe wünschen. Wir können direkt Beratungsangebote vermitteln, bei Wohngeldanträgen helfen oder einfach nur den Müll der älteren Hausbewohnerin gleich selbst hinunter bringen. Das ist DIE LINKE: die Partei, die Fraktion, die den Menschen ganz konkret im Alltag hilft. Am meisten profitieren wir alle, denn wir lernen an den konkreten Beispielen, wo wir genauer hinsehen müssen, damit wir in Zukunft eine noch bessere Partei und Fraktion sein werden. Wir lernen, wo wir bei unseren Gesetzen nachjustieren müssen, wir lernen, wo wir bei unserer Arbeit noch nachschärfen müssen. Das finde ich auch persönlich am besten: nämlich Politik nah an der Lebensrealität der Menschen zu machen. Alles, was man dafür braucht, sind ein Klemmbrett, ein Stift und gute Laune. Niemand muss als Expert:innen vor der Tür stehen, niemand muss auf alle Fragen der Bewohnerinnen und Bewohner sofort eine Antwort parat haben. Haustürgespräche sind dafür da, Nähe zu schaffen, zu lernen und sich die Offenheit zu bewahren. In einer Zeit, in der wir als Politiker:innen aus unserer eigenen politischen Blase nur selten herauskommen. *Katja Maurer, kommunalpolitische Sprecherin*

Finanzierung des Studiums darf keine Schuldenfalle werden



Christian Schaft,
Sprecher für Wissenschaft,
Hochschule und Forschung

Die LINKE-Politikerin Nicole Gohlke stellte kürzlich eine Kleine Anfrage zu „Schulden von KfW-Studienkreditnehmenden und BAföG-Darlehensnehmenden“ im Bundestag. Unter anderem sollte in Erfahrung gebracht werden, wie viele Personen derzeit Zahlungen aus dem KfW-Studienkredit erhalten oder sich in der Rückzahlungsphase des Kredites befinden. Ebenso interessierte die Politikerin, wie viele KfW-Studienkreditnehmende einen Zinssatz von über sieben Prozent zahlten. Angesichts der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage erklärte der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Christian Schaft: „Mit der Verdreifachung von monatlichen Zinsen für KfW-Studienkredite werden viele Studierende, die in den letzten Jahren einen solchen Kredit in Anspruch genommen haben, mit hohen Schulden in ihr Arbeitsleben starten. Das darf nicht sein. Der Staat muss seine Verantwortung erfüllen und für Bildungsgerechtigkeit sorgen, damit nicht der Geldbeutel der Eltern über die Zukunft der Kinder entscheidet. Es bleibt dabei: Eine entsprechende BAföG-Reform der Ampelkoalition ist überfällig.“ Nach Angaben der Bundesregierung ist der Mittelwert des Zinssatzes von 2019 mit 2,96 im Jahr 2023 auf 6,69 Prozent gestiegen. In allen drei Phasen (Auszahlungs-, Karenz- und Rückzahlungsphase) ist die Gruppe der Studierenden besonders hoch, die den Kredit früher oder später mit mehr als 7 Prozent abbezahlen muss. 2019 lag die durchschnittliche monatliche Zinszahlung noch bei etwa 32 Euro, nun sind es circa 80 Euro. Schaft gibt zu bedenken: „Studierende sollten sich ohne finanzielle Sorgen auf das Studieren konzentrieren können. Mit diesem Zinswahnsinn ist das kaum möglich. Das und die Zahlen, der seit Jahren stagnierenden BAföG-Empfänger:innen sollten allen ein Alarmsignal sein.“



Abgeordnete Katja Maurer mit ihren Helfer:innen in einem Wohngebiet in Erfurt
Sie klopfen an die Türen der Menschen um ins Gespräch zu kommen und die Bedarfe der Bürger:innen anzuhören

Petition des Monats

**Bürgerinnen und Bürger beteiligen,
Wissen nutzen**



Was ist eine Petition?

Im Artikel 14 der Thüringer Verfassung ist der Grundsatz festgeschrieben, auf dem das Petitionswesen im Freistaat Thüringen beruht. „Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich oder mündlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden. Es besteht Anspruch auf begründeten Bescheid in angemessener Frist.“ Petitionen können sich gegen das Handeln von Behörden und staatlichen Einrichtungen richten. Sie können aber auch zur Weiterentwicklung von Gesetzen und Verordnungen beitragen, indem sie Missstände oder Gesetzeslücken aufzeigen. Petitionen sind an keine Fristen gebunden, können formlos eingereicht werden und sind für Sie stets kostenfrei.

Zur Petition des Monats

Im August 2023 erreichte den Petitionsausschuss ein Anliegen aus dem Landkreis Greiz. In der Petition wird eine bessere Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Erstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten (ABK) gefordert. Ziel sei es, bei künftigen ABK die Zweckverbände oder Gemeinden dazu zu verpflichten, die betroffenen Bürgerinnen und Bürger frühzeitig am Planungsprozess zu beteiligen, um örtliche Gegebenheiten besser mit einfließen zu lassen. Da die Petition von allgemeinem Interesse ist, wurde sie auf Wunsch des Petenten auf dem Petitionsportal des Thüringer Landtages veröffentlicht. Im vorgeschriebenen Mitzeichnungszeitraum von sechs Wochen erhielt die Petition 2.549 Unterschriften. Sie hatte damit das Quorum von 1.500 deutlich erfüllt, so dass es am 23. November 2023 zur öffentlichen Anhörung des Petenten im Petitionsausschuss kam.

Zum Hintergrund

Hintergrund für das Anliegen ist ein konkreter Fall aus Wetzdorf, einem Ortsteil der Gemeinde Harth-Pöllnitz. Der Abwasserzweckverband Mittleres Elstertal (ZVME) hatte entschieden, die Haushalte des Dorfes durch eine Druckentwässerung mit Hauspumpenstationen zu entwässern und an die zentrale Kläranlage anzuschließen. Kritik übten die Betroffenen nicht am geplanten Anschluss an die zentrale Kläranlage, sondern an den Hauspumpenstationen, die sie auf eigene Kosten errichten sollten sowie an der Art und Weise, wie sie darüber informiert wurden. In der öffentlichen Anhörung stellten die Petenten eindrücklich die Hürden dar, die

man überwinden muss, um über die Planungen des Abwasserzweckverbandes Kenntnis zu erlangen. So gab es im Juli 2021 im örtlichen Amtsblatt eine knappe Mitteilung, dass der ZVME in seiner Verbandsversammlung die Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes beschlossen habe und dieses in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes während der üblichen Geschäftszeiten ausliege. Mit dieser knappen Mitteilung im Amtsblatt sind die gesetzlichen Pflichten des Zweckverbandes zur frühzeitigen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger formell erfüllt. Doch wie praxisnah oder bürgerfreundlich ist eine Bürgerbeteiligung, die sich in einer solch knappen Mitteilung im Amtsblatt erschöpft? Wer liest überhaupt das Amtsblatt regelmäßig und mit der nötigen Aufmerksamkeit, um die eigene Betroffenheit aus der knappen Mitteilung zu erkennen? Wer macht sich dann anschließend auf den Weg zur Geschäftsstelle des Zweckverbandes und studiert dort das Abwasserbeseitigungskonzept? Und wer erfasst dann auch die Bedeutung und Tragweite der dort niedergeschriebenen Vorhaben samt technischer Begriffe und Abkürzungen? Wahrscheinlich niemand. Erst im April 2023 erhielten die Bürgerinnen und

Bürger von Wetzdorf in einem direkten Informationsschreiben des Ortsteilbürgermeisters erste Hinweise zur Art der geplanten Abwasserentsorgung und den damit verbundenen teuren Hauspumpenstationen. Erst jetzt beginnt die eigentliche Beteiligungsphase in Wetzdorf, in die sich die Bürgerinnen und Bürger auch tatkräftig und mit viel Fachwissen und Eigeninitiative einbrachten. Sie stellten der Vorzugsvariante des Abwasserzweckverbandes eine eigene Variante gegenüber, die ohne teure Hauspumpenstationen auskommt und auch langfristig wirtschaftlicher sein soll. Um die eigene Variante durchzurechnen, wurden die Höhenunterschiede im Ort mit viel Sachverstand und durch die Wetzdorferinnen und Wetzdorfer selbst vermessen sowie die Kosten durch einen ortsansässigen Bauunternehmer kalkuliert. Heraus kam, dass eine sogenannte „Freispielanlage“ möglich ist, an die alle Haushalte angeschlossen werden können. Die Investitionskosten wären zwar für den Abwasserzweckverband höher aber die Wartungs- und Betriebskosten langfristig für alle Beteiligten, auch für den Zweckverband, günstiger. Über 50 Jahre gerechnet wäre die Variante der Wetzdorferinnen und Wetzdorfer auch insgesamt und somit auch für kommen-

de Generationen am günstigsten. Ob die Variante der Wetzdorfer Bürgerinnen und Bürger letztlich umgesetzt oder zumindest in Teilen in die Vorzugsvariante des Abwasserzweckverbandes aufgenommen wird, stand zum Zeitpunkt der Petitionsanhörung noch nicht fest. Die Vertreterinnen und Vertreter der Thüringer Staatskanzlei und des Umweltministeriums, die an der öffentlichen Anhörung teilnahmen, sagten aber zu, einen Termin zusammen mit dem Abwasserzweckverband und den Bürgerinnen und Bürgern von Wetzdorf zu organisieren. Zu diesem Termin soll die Variante der Wetzdorferinnen und Wetzdorfer mit dem Zweckverband ausführlich diskutiert werden.

Beteiligung ab der Planung

Damit Bürgerbeteiligung besser funktioniert, muss diese bereits frühzeitig einsetzen, gewollt sein und möglichst ohne große Hürden angeboten werden. Die Petenten forderten daher, dass die Beteiligung bereits bei den Planungen des Abwasserbeseitigungskonzeptes einsetzen sollte. Konkret heißt das, die Betroffenen direkt anzuschreiben und über die anstehenden Planungen zu informieren sowie einzuladen, sich in den Planungsprozess einzubringen. Damit würde die Möglichkeit eröffnet, Vorschläge einzubringen, welche sich aus regionalen Gegebenheiten und Hintergrundwissen der Bürgerinnen und Bürger ergeben. Die Petenten hoben den Zweckverband Jenawasser hervor. Hier würden Betroffene besser informiert und frühzeitig in Projekt eingebunden. Zusätzlich wurde die Möglichkeit genannt, einen Verbraucherbeirat einzurichten. Die Wasser- und Abwasserverbände Bad Salzungen und Ilmenau hätten damit bereits positive Erfahrungen gemacht. Sie sind dort ein wichtiges Bindeglied zwischen dem Zweckverband und den Verbrauchern. Hier werden Projekte beraten, kritisiert und begleitet. Auch mit diesem Instrument werden Transparenz und Akzeptanz von Entscheidungsprozessen gefördert. Die Chancen, die sich aus aktiver Bürgerbeteiligung ergeben, wurden in der Petitionsanhörung jedenfalls überdeutlich. Das Wissen und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort sind ein Schatz, von dem alle Beteiligten nur profitieren können.

Der **Petitionsausschuss** entscheidet über die an den Landtag gerichteten Petitionen (Artikel 65 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen). Das Petitionsrecht ist ein wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Demokratie, der Petitionsausschuss die wichtigste Schnittstelle zwischen dem Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern. Aus diesem Grunde kommt dem Petitionsausschuss eine ganz besondere Bedeutung zu.

Anja Müller, Sprecherin für Verfassung, Demokratie und Petition der Fraktion DIE LINKE ist Vorsitzende des Ausschusses



Mehr zum Thema Petitionen finden Sie auf:
www.die-linke-thl.de/aktuelles/ressorts/petitionen/

Vergabe öffentlicher Aufträge erneuert

Interview mit Andreas Schubert zum Vergabegesetz

Parlamentsreport: In der letzten Plenarsitzung wurde die Änderung des Vergabegesetzes beschlossen. Diese tritt am 01.01.2024 in Kraft. In der Pressemitteilung zum Vergabegesetz heißt es: „Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist und bleibt eine der wenigen wirksamen Stellschrauben für eine gute Entwicklung des Landes“. Was genau ist das Vergabegesetz und warum ist es so wichtig für die Entwicklung Thüringens?

Andreas Schubert: Das Vergabegesetz ist vor vier Jahren in Thüringen in Kraft getreten und wurde noch in der letzten Legislaturperiode verabschiedet. Es regelt die Bedingungen, unter denen die öffentliche Hand Aufträge vergibt. Wenn das Land Thüringen zum Beispiel Straßen baut oder eine neue Polizeidienststelle oder ein Gerichtsgebäude saniert, müssen die Aufträge unter den Bedingungen des Vergabegesetzes ausgeschrieben und vergeben werden. Bedingungen sind z.B. ein spezifischer Mindestlohn, entsprechende Anwendung ökologischer Standards etc. Thüringen ist nach wie vor Schlusslicht unter den Bundesländern, wenn es um die Einkommenssituation der Menschen geht. Und das liegt unter anderem daran, dass wir zu wenig tarifgebundene Arbeitsplätze haben. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir bei der Vergabe von Aufträgen, die mit Steuergeldern bezahlt werden, darauf einwirken müssen, dass diese Aufträge nicht zu Armutslöhnen oder zu Dumpinglöhnen ausgeführt werden. Und das können wir mit dem Vergabegesetz. Deswegen sind diese öffentlichen Aufträge die einzige Möglichkeit, direkt als Politik auf Landesebene in den Markt einzuwirken. Ein Vergabegesetz gibt es nicht in allen Bundesländern und wir haben jetzt nach vier Jahren auch eine gewisse Praxiserfahrung, wo wir durchaus gesehen haben, wo man das Gesetz weiterentwickeln kann. Dieser Prozess der Weiterentwicklung war bekanntlich nicht einfach, da wir aufgrund der Konstellation der Minderheitsregierung einen Kompromiss mit der CDU finden mussten.

Parlamentsreport: Worin genau bestanden die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit der CDU?

Andreas Schubert: Nun, man kann sich vorstellen, dass es da völlig unterschiedliche Intentionen bei R2G und der CDU gibt. Die CDU hatte im ersten Gesetzentwurf, der ja gleich zu Beginn der Legislaturperiode 2020 vorgelegt wurde, eigentlich das ganze Gesetz inhaltlich kippen wollen, da wären nur noch die Überschriften übrig geblieben. Diese Position hatte sich insofern etwas geändert, als dann auch in dem Gutachten des Wirtschaftsministeriums zur Evaluierung des Gesetzes 2022 gesagt wurde, dass ein vergabespezifischer Mindestlohn sinnvoll ist. Es gab damals schon die Empfehlung, diesen auf 13,50 Euro anzuheben. Das war der



„Das Vergabegesetz ist letztendlich auch ein Beispiel dafür, dass es trotz schwieriger Mehrheitsverhältnisse gelingen kann, vernünftige Kompromisse zu finden“

Andreas Schubert

Wirtschaftspolitischer Sprecher

einzigste inhaltliche Fortschritt, den die CDU gemacht hat. Dabei gab es weiterhin ganz viele Punkte, die das Vergabegesetz zu einem Papiertiger gemacht hätten. Unter anderem wollte die CDU definitiv keine Nachunternehmerhaftung.

Parlamentsreport: Was ist das?

Andreas Schubert: Ein großes Unternehmen zum Beispiel im Baubereich, das als Generalunternehmer einen Auftrag bekommt und diesen dann in kleineren Aufträgen an andere Unternehmen, an sogenannte Subunternehmer oder Nachunternehmer weitergibt, muss sicherstellen, dass auch dann noch die Vorgabe vom Thüringer Vergabegesetz gelten. Auch zukünftig bleibt es dabei, dass diese Unternehmen erklären müssen, wenn sie einen öffentlichen Auftrag erhalten wollen.

Diese Klausel wollte die CDU komplett kippen. Und das wollten wir auf jeden Fall verhindern, weil das natürlich das Gesetz in seiner Wirksamkeit ausgehöhlt hätte. Deswegen haben wir dafür gekämpft und das war an dieser Stelle auch erfolgreich.

Parlamentsreport: Das ist ein guter Punkt: Was sind jetzt die Änderungen, die ab 1.1.2024 in Kraft treten?

Andreas Schubert: Das Gesetz und die Veränderungen kommen letztendlich direkt allen Beschäftigten zugute, deren Unternehmen sich erfolgreich um Aufträge des Landes bewerben. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden durch die Dynamisierung des Vergabemindestlohns - immer 1,50 Euro über dem bundesweiten Mindestlohn - profitieren. Soziale und ökologischen Standards bleiben Grundlage für die Ausschreibung und die Vergabe öffentlicher Aufträge. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, die es im Unternehmen gibt, Kriterium für die Zuschlagserteilung ist. Man kann auch die Ausbildungsquote oder andere Dinge heranziehen.

Wir wollen so gute Arbeit im Land fördern und wir wollen auch den ökologischen Gedanken, also den Umbau unserer Wirtschaft, fördern. Das gelingt zum Beispiel, wenn man energieeffizient produziert oder Recyclingprodukte einsetzt, die einen geringeren CO₂-Fußabdruck haben - genau das, was auch auf EU-Ebene gewollt ist. Damit solche Kriterien in die Ausschreibung einfließen und es dann bei der Vergabe entsprechend berücksichtigt werden kann, stellt unser Vergabegesetz

sicher. Davon profitieren am Ende alle Thüringerinnen und Thüringer, weil wir mit der öffentlichen Auftragsvergabe eben nicht den Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die niedrigsten ökologischen und sozialen Standards anheizen, sondern im Gegenteil Standards sichern.

Parlamentsreport: Wird es mittelfristig weitere Veränderungen geben?

Andreas Schubert: Weitere Veränderungen sind notwendig, so zum Beispiel die pflichtige Anwendung des vergabespezifischen Mindestlohns auf der kommunalen Ebene. Dies werden wir auch im Wahlkampf deutlich machen, um auch dafür um politische Mehrheiten zu kämpfen.

Parlamentsreport: Gibt es sonst noch etwas, was du dazu sagen möchtest oder was dir am Herzen liegt?

Andreas Schubert: Das Zitat zu Beginn entspricht meiner festen Überzeugung: Es gibt nicht so viele andere Stellschrauben, um unsere politischen Ziele auch wirksam durchzusetzen. Ich denke, dass es uns teilweise auch in diesem Fall gelungen ist, trotz der Minderheitensituation, die wir im Landtag haben. Die inhaltliche Entleerung des Thüringer Vergabegesetzes gelang es zu verhindern. Natürlich mussten wir auch einige Zugeständnisse machen wie die deutliche Anhebung der Wertgrenzen von Aufträgen, die nicht unter das Vergabegesetz fallen. Jedoch ist es letztendlich auch ein Beispiel dafür, dass es trotz schwieriger Mehrheitsverhältnisse gelingen kann, verantwortbare Kompromisse zu finden.

Europa und seine Regionen

Grundlage für internationale Interessen Thüringens

Den ersten Teil des Berichts finden Sie in der letzten Ausgabe des Parlamentsreports.

Vom 6. - 7. November war der Ausschuss für Europa, Kultur und Medien auf einem Arbeitsbesuch in Straßburg, dem offiziellen Sitz des Europäischen Parlaments, um mit verschiedenen politischen und außerpolitischen Akteuren ins Gespräch zu kommen.

Jugend braucht Teilhabe

Eines dieser Gespräche war mit Tobias Flessenkemper, Leiter der Jugendabteilung des Europarats. Er gab Einblicke in die Arbeitspraxis und unterstrich dabei die Bedeutung der aktiven Förderung der Jugend und deren Teilnahmemöglichkeiten an europäischen Entscheidungsprozessen. Zielgruppe der Jugendabteilung sind vor allem Multiplikatoren wie Jugendgruppenleiter sowie bereits in nationalen Jugendringen engagierte junge Erwachsene, die sich in Projekten des Europarats gemeinsam einbringen und ihre Erfahrungen wiederum weitergeben können. Jährlich nehmen etwa 8000 Jugendliche an Veranstaltungen in Straßburg teil, während rund 200 Projekte in den Mitgliedsländern

europäischen Union durchgeführt werden, wobei die Teilnehmer:innenzahlen variieren. Die Jugendlichen sind bereits an der Projektauswahl beteiligt. Durch die offenen Förderbedingungen sieht man bereits an den Anträgen, welche Themen die Jugendlichen in der EU bewegen und wo Handlungsbedarf besteht. Selbst nicht geförderte Projekte bieten damit einen klaren Mehrwert. Cordula Eger, Sprecherin für Familie und Senioren, betont: „In Zeiten schwindender Räume für die Verwirklichung von Jugendlichen ist es wichtig zu zeigen, dass es Begegnungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt. Als zukünftige Gestalter:innen unserer Gesellschaft können sie sich hier aktiv in Projekten einbringen, die dazu beitragen, die Herausforderungen der EU zu reflektieren. Die Förderung der Jugendbeteiligung in europäischen Entscheidungsprozessen ist ein Schlüssel zur Gestaltung einer inklusiven und zukunftsorientierten europäischen Union.“

Erhalt des Weltkulturerbes

Ganz andere Aspekte wurden beim Besuch im Straßburger Münster deutlich, wo Dr. Sabine Bengel, Kunsthistorikerin der Münsterbauhütte, am Beispiel

der Kathedrale Probleme rund um den Erhalt von Weltkulturerbe erläuterte. So wurden die Unterschiede der deutschen und französischen Förderpolitik in diesem Kontext deutlich, bedingt durch den Zentralismus Frankreichs. Anders als im deutschen Modell gibt es in Frankreich keine großen Sanierungsprogramme mit Ko-Finanzierung von Bund und Ländern. Objekte, die nicht als nationale Denkmäler gelten, erfordern volle Finanzierung durch die Kommunen, was eine grundlegend unterschiedliche Kulturförderlandschaft schafft. Diese Erfahrung lehrt, dass das deutsche Modell, geprägt von einer koordinierten Zusammenarbeit auf föderaler Ebene, effektiver und nachhaltiger in der Denkmalsanierung ist.

Der europäische Gedanke

Unterschiede zwischen deutschem und französischem Recht wurden im bei dem Besuch des Fernsehsenders arte angesprochen, die sich hier insbesondere im Hinblick auf unterschiedliche Arbeitsrechtssysteme in der Länderübergreifenden Arbeit zeigen. Während des Gesprächs mit Marysabelle Cote, Verwaltungsdirektorin und Vorstandsmitglied des Senders, und mehreren Mitarbeiterinnen, erhielt die Delegation nicht nur zahlreiche Informationen, sondern auch sehr praxisnahe Einblicke in die Arbeitsweise und die Herausforderungen von arte, für den der europäische Gedanke von Anfang an die Grundlage für die inhaltliche Ausrichtung bildete. Einblicke gab es vor allem in die digitale Arbeit, in welcher der Sender europäischer Vorreiter war - seit 2005 mit der parallelen digitalen Übertragung des regulären Programms, einer Mediathek seit 2007 und der Audio-Plattform ArteConcert seit 2009.

Inzwischen gibt es die Mediathek in sechs Sprachen, um mehr EU-Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Bei der Produktion der Inhalte kooperiert der Sender dafür intensiv mit verschiedenen internationalen Partner:innen. Beeindruckend ist auch die Tatsache, dass die Online-Auftritte manuell „kuratiert“ werden, um sie optimal an die Zielgruppen in verschiedenen Ländern anzupassen. Ein weiteres interessantes Detail ist die Produktion des wöchentlichen Nachrichtenmagazins, das als einziges vor Ort in Straßburg in vier Sprachen produziert wird. Obwohl die Inhalte gleich sind, erfolgt gegebenenfalls eine unterschiedliche Kontextualisierung. Trotz dieser fortschrittli-

chen Entwicklungen zeigt die Mediathek von arte immer noch ein relativ hohes Durchschnittsalter. Daher geht der Sender proaktiv auf Plattformen wie TikTok zu, um möglichst alle Zielgruppen zu erreichen und sich weiterhin als vielseitiger, innovativer Sender zu positionieren. „Der Besuch bei arte hat eindrucksvoll verdeutlicht, wie die europäische Zusammenarbeit nicht nur den kulturellen Austausch, sondern auch die Medienlandschaft bereichert. Arte unterstreicht die Bedeutung eines gemeinsamen europäischen Gedankens in der Medienbranche, der die Vielfalt der Inhalte und die Interessen der Zuschauer in unterschiedlichen Regionen berücksichtigt“, so André Blechschmidt, medienpolitischer Sprecher der Fraktion.

Europäische Zusammenarbeit

Abgerundet wurde der Besuch in Straßburg mit einem Gespräch mit Jean-Baptiste Cuzin, Direktor für grenzüberschreitende, europäische und internationale Zusammenarbeit, der Einblicke in die Arbeitsweisen der Région Grand Est gab. Die Region Grand Est spiegelt exemplarisch die engen Verflechtungen zwischen der Europäischen Union und den Regionen wider, die Cuzin unter anderem am Beispiel des europäischen Bleiverbots verdeutlichte. Grand Est zeigt dabei eine bemerkenswerte Herangehensweise: Die Region setzt ihre „manpower“ insbesondere dort ein, wo keine gut organisierte Lobby auf europäischer Ebene existiert. Dieses Engagement verdeutlicht nicht nur die Herausforderungen, vor die die Region durch EU-Regularien gestellt wird, sondern auch die aktive Rolle, die sie dabei spielt, innovative Lösungen voranzutreiben. Grand Est nutzt seine Ressourcen und Einflussmöglichkeiten, um nicht nur die regionalen Interessen zu vertreten, sondern auch einen Beitrag zur Weiterentwicklung von umweltfreundlichen Produktionsmethoden zu leisten. Damit wird die Region zu einem wichtigen Akteur in einem komplexen Zusammenspiel zwischen lokalen Belangen und europäischen Vorgaben.

Insgesamt ermöglichte das umfangreiche Programm tiefe Einblicke in verschiedene politische, kulturelle und medienpolitische Aspekte und verdeutlichte die vielfältigen Verflechtungen zwischen Europa und den Regionen – essenzielle Grundlage, um die Interessen Thüringens auch in Zukunft nicht nur im regionalen, sondern europäischen Kontext erfolgreich zu vertreten.



In welchem Europa wollen wir leben?

Kommentar von Martin Schirdewan

Wir stehen in Europa vor einer Schicksalswahl. In welchem Europa wollen wir leben? In einem Europa, das weiter in die Krise schlittert und zerfällt, während weltweit Konflikte eskalieren? In einem Europa, in dem der Rechtsruck anhält und die globale Klimakatastrophe voranschreitet? Oder gelingt uns die Kehrtwende für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität?

Für soziale Gerechtigkeit

Mit unserem Europawahlprogramm auf dem Parteitag in Augsburg haben wir konkrete Antworten auf diese Fragen der Menschen in unserem Land und in Thüringen gegeben: Wir wollen auf den Straßen und in den Parlamenten für eine Zeitenwende für soziale Gerechtigkeit in Europa streiten, denn explodierende Nahrungsmittelpreise und steigende Mieten zwingen viele in Existenzängste. Die Lebenshaltungskostenkrise hat tiefe Löcher in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft gerissen. Die europäische Schuldenbremse, die von der Ampel in Berlin wie ein Glaubensbekenntnis vor der Brust getragen wird und in Brüssel von der deutschen Bundesregierung vehement gegen alle Kritiker:innen verteidigt wird, verhindert Zukunftsinvestitionen in klimagerechte Industrie und öffentliche Infrastruktur. Eine europäische Gesetzgebung darf nicht dazu führen, dass sozialer Wohnungsbau immer weiter abnimmt und Pflege und Gesundheit zusammengekürzt werden. Deswegen kämpft DIE LINKE im Europäischen Parlament für eine europäische Initiative für sozialen Wohnungsbau und für eine Gesundheitsversorgung, die sich nicht am Profit von Konzernen, sondern am Bedarf der Menschen orientiert.

Für Steuergerechtigkeit

Auch zukünftig werden wir uns für eine Umverteilung von oben nach unten und für Steuergerechtigkeit einsetzen. Das Geld ist da, es allerdings sehr schlecht und absolut ungerecht verteilt. Anstatt in sozialen Bereichen Aufgaben zu kürzen, wie es die Ampel in Deutschland plant, sollten die Gelder von den Reichsten genommen werden. Nehmen wir zum Beispiel den zehn reichsten Milliardären nur 10 Prozent ihres Vermögens, als einmalige Gerechtigkeitsteilnahmeabgabe bleiben sie weiterhin die zehn reichsten Milliardäre, aber der Staat hätte dafür Milliarden Mehreinnahmen, die zum Stopfen von Haushaltslücken herangezogen werden könnten, ohne Einschnitte bei den Armen der Demokratie oder Zukunftsinvestitionen vornehmen zu müssen. Wir werden weiter im Parlament für die sozialen Belange der abhängig Beschäftigten und der von Armut betroffenen Menschen in der EU kämpfen, so wie wir es erfolgreich beim Europäischen Mindestlohn und den Plattformarbeitenden getan haben. Und es war unsere Idee und Initiative,

„Es ist nicht hinnehmbar, dass viele mitrennen und sich einen Überbietungswettbewerb der Menschenfeindlichkeit liefern, indem sie das sogenannte neue gemeinsame europäische Asylsystem GEAS unterstützen.“

Martin Schirdewan

Co-Vorsitzender der Partei DIE LINKE im Europaparlament

die wir gemeinsam mit Gewerkschaften entwickelt und vorangetrieben haben, die jetzt dazu führen wird, dass europaweit Asbest aus den Gebäuden ausgebaut werden muss. Jährlich sterben europaweit 70.000 Beschäftigte im Baugewerbe an den Folgen zu hoher Asbestbelastung. Dank der Linken im Europäischen Parlament wird das bald der Vergangenheit angehören.

Haltung zeigen

Europa steht vor der Wahl: Wollen wir ein Europa der extremen Rechten: der Melonis, Le Pens oder Viktor Orbans und dieser ganzen postfaschistischen Bande, die nur Politik gegen Migrantinnen und Menschen mit wenig Geld machen kann? Und die Frage der Migration und des Rechtes auf Asyl, die Verunglimpfung von Menschenrechten und deren Versenken im Mittelmeer werden nur ein Anfang sein. Die nächsten sind dann Menschen in Sozialhilfebezug, die queere Community, die Medien ... Es ist nicht hinnehmbar, dass viele da mitrennen und sich einen Überbietungswettbewerb der Menschenfeindlichkeit liefern, indem sie das sogenannte neue gemeinsame europäische Asylsystem GEAS unterstützen. Deswegen ist es wichtig, Haltung zu zeigen und für soziale Gerechtigkeit zu streiten: In den Kommunen in Thüringen, in Europa und auch wenn es im kommenden Herbst heißt: Bodo oder Barbarei.

Martin Schirdewan, ist seit 2017 Mitglied des europäischen Parlaments und seit 2019 Co-Vorsitzender der Partei DIE LINKE im Europaparlament sowie seit 2022 Co-Vorsitzender der Partei DIE LINKE auf Bundesebene.



Foto: DIE LINKE

„Europa gerecht gestalten: Thüringens Weg im Jahr 2024“

Unter dem Motto „Europa gerecht gestalten: Thüringens Weg im Jahr 2024“ war Martin Schirdewan zu Gast bei den Thüringer Fraktionskolleg:innen im Landtag. „Wirtschaftlich und politisch sind Thüringen und die EU aufeinander angewiesen. und es ist von großer Bedeutung, die Wechselwirkungen zu verstehen, um die Entwicklung der Region im europäischen Kontext positiv zu gestalten“, betonte Schirdewan. Zentral ging es auch um Fragen, wie die Interessen Thüringens bei der Gestaltung der unterschiedlichen Förderrichtlinien und Fonds für Wirtschaft, Kommunen und soziale Projekte berücksichtigt werden können. Martin Schirdewan erläuterte: „Gute Arbeit und guter Klimaschutz müssen Hand in Hand gehen. Ausgehend von unseren Erfahrungen in Thüringen müssen wir darauf abzielen, dass zum Beispiel der Just Transition Fund (JTF) in Zukunft für die Transformation aller Industriezweige zur Verfügung steht.“

Markus Gleichmann, europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE schloss den Besuch mit einem Appell ab: „Ich sehe die Notwendigkeit, die Vorteile der Europäischen Union für die Menschen hier in Thüringen besonders im nächsten Jahr sichtbarer zu machen.“

Gefahren von Rechtsaußen abwehren

Antifa-/ Antira- Klausel muss in die Verfassung



Seit November 2023 stehen die „Omas gegen Rechts“ zu den Plenartagen für eine Mahnwache vor dem Thüringer Landtag. „Zum Ende des Jahres stehen wieder die Verhandlungen über den Haushalt des kommenden Jahres an, und wie schon in den letzten Jahren droht die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag ein Trauerspiel parlamentarischer Ränkespiele zu zeigen. Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen erwarten, dass die CDU-Fraktion gegenüber der von ihr „geduldeten“ Landesregierung wieder ihre Macht präsentieren will und ihr nicht präzisierte Sparvorgaben macht, um dafür ihre eigenen, sehr teuren Wunschprojekte durchzusetzen. Dieses Vorgehen der CDU ist extrem gefährlich – gerade in der aktuellen politischen Situation in Thüringen“, heißt es in einer öffentlichen Erklärung auf der Website der „Omas gegen Rechts“ Erfurt. „Hört auf mit Faschisten zu kuscheln! Keine Zusammenarbeit mit der AfD!“ war auch am Rande des Dezember-Plenums der Appell an die Thüringer CDU und FDP vor dem Thüringer Landtag.

Antifa-/Antira-Klausel in der Thüringer Verfassung

Bereits bei der Veranstaltung zum 30-jährigen Jubiläum der Thüringer Verfassung im Oktober dieses Jahres beschäftigte sich Steffen Dittes, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, mit der Frage, wie die Verfassung, aber auch der Landtag und auch die Zivilgesellschaft dazu beitragen können, die Verfassung, Demokratie und Gesellschaft vor Gefahren von Rechtsaußen zu schützen. Ein wichtiger neuer Baustein zum Schutz der Thüringer Verfassung als humane und weltweite Werteordnung und damit auch einer solchen Gesellschaft soll nach dem Willen der Fraktion die im Verfassungsausschuss derzeit in Beratung befindliche „Antifa-/Antira-Klausel“ sein. Es handelt sich dabei um die

Pflicht zum aktiven Handeln von Staat und Gesellschaft gegen Rassismus, Antisemitismus, (Neo-)Nazismus. Eine solche Verfassungsregelung wird von der LINKE-Fraktion schon seit Jahrzehnten gefordert. Der Fraktionsvorsitzende wies an einer Reihe praktischer Beispiele nach, wie wichtig es ist, bei der kommenden Landtagswahl dafür zu sorgen, dass Rechtsaußenparteien kein Drittel - oder gar mehr - der Sitze im Landtag erhalten „damit Rechtsaußen keine (weitere) destruktive Gestaltungsmacht bekommt, weder in Sachen Verfassung noch bei Besetzung von (wichtigen) Gremien“ - wie z. B. dem Richterwahlausschuss.

Der Richterwahlausschuss ist für die Auswahl der Richter:innen verantwortlich, die auf Lebenszeit ernannt werden und für die Mitbestimmung bei Beförderungen auf Leitungsstellen. Die Fraktion DIE LINKE müsse, so betonte Dittes, mit ihrer Arbeit noch stärker in den außerparlamentarischen Bereich wirken, um auch auf diesem „gesellschaft-

lichen“ Weg für den Schutz von Verfassung, Parlamenten und Gesellschaft gegen Bedrohungen von Rechtsaußen erfolgreich zu arbeiten und die Leute davon zu überzeugen, für demokratische Parteien zu stimmen – am besten für DIE LINKE. Besonders wichtig ist nach Ansicht der LINKE-Fraktion für Erfolge in diesem außerparlamentarischen bzw. gesellschaftspolitischen Bereich aber auch die entsprechende Eigeninitiative aus der Zivilgesellschaft selbst. Immer größere Bedeutung bekommt auch das Thema Demokratiebildung und -erziehung.

„Omas gegen Rechts“

In der selben Veranstaltung knüpfte Renate Wanner-Hopp an, die in ihrem Beitrag die Arbeit und inhaltlichen Positionen der „Omas gegen Rechts“ vorstellte. Sie erinnerte auch daran, dass die internationale Bewegung der „Omas gegen Rechts“ – zu der auch die Thüringer Initiative gehört - ihren Ursprung in

Österreich hat und als zivilgesellschaftliche Gegenbewegung gegen die Regierungsbeteiligung der österreichischen Rechtsaußenpartei FPÖ entstanden ist. Beeindruckend war auch die Schilderung der Gründungsveranstaltung der Thüringer „Omas gegen Rechts“, denn es kamen damals viel mehr interessierte Menschen zusammen, als die Initiator:innen des Gründungstreffens erwartet hatten: Ein positives Beispiel dafür, dass es doch deutlich mehr Interessierte und Engagierte für solch zivilgesellschaftliches Engagement gibt als viele erwarten. Als praktisches Beispiel aus der Arbeit der „Omas gegen rechts“ erwähnte Wanner-Hopp auch die Petition „Keine Deals mit Nazis“ an den Thüringer Landtag, die mehrere zehntausend Unterstützerunterschriften erhalten hatte und zu der deshalb eine umfangreiche öffentliche Anhörung stattfand. Die Fraktion hatte sich dafür eingesetzt, dass der Landtag diese Petition und ihre Inhalte in seiner Arbeit bzw. mit parlamentarischen Initiativen noch stärker umsetzt. Dazu gab es aber leider keine Mehrheiten. Wichtig bzw. hilfreich ist offensichtlich, an solchen Aktivitäten gegen Rechts interessierten Menschen mit einem niederschweligen und lebensumfeldnahen Angebot zu erreichen.

Im Beitrag der „Omas gegen Rechts“ wurde die Bedeutung einer wirksamen Demokratiebildung – am besten beginnend und altersgerecht gestaltet schon ab der Kita – besonders betont. In diesem Zusammenhang wurde von Frau Wanner-Hopp auch auf die mehr als bedenkliche Tatsache verwiesen, dass bei den Schüler- bzw. Jugendwahlen, wie auch unter der Gruppe der Erstwähler:innen in Thüringen nach aktuellen wissenschaftlichen Untersuchungen leider die AfD die stärkste Partei ist. Mit Blick auf diese Problematik darf nach Ansicht der „Omas gegen Rechts“ auch die Rolle der digitalen „sozialen“ Medien bzw. von darin verbreiteten Inhalten nicht unterschätzt werden.



Nachhaltigkeit umfassend denken

Mit sozialer-, kommt ökologische Nachhaltigkeit



Resümierend auf die Veranstaltung „Wie wir gemeinsam leben wollen“ im Oktober dieses Jahres, wurden auch die Aspekte der Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit der Thüringer Verfassung thematisiert. In einem einleitenden Beitrag stellte Josef Ahlke, Vorstandsvorsitzender des Vereins „Zukunftsfähiges Thüringen“, die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (UNO) vor. Diese 17 Nachhaltigkeitsziele sind für Deutschland als UN-Mitglied und damit auch für Thüringen bindend und müssen in allen Bereichen der Gesellschaft umgesetzt werden.

Die 17 Nachhaltigkeitsziele

Der Beitrag zeigte als positives Fazit auf, dass diese 17 Nachhaltigkeitsziele sich auch sehr gut als inhaltliche Grundlage zur Weiterentwicklung der Thüringer Verfassung eignen. Dies auch und vor allem, um Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen zu finden, die in dieser Zuspitzung bei Verabschiedung der Verfassung 1993 noch nicht klar im Blickpunkt waren. Deutlich wurde auch,

dass die UN-Nachhaltigkeitsziele von einer untrennbaren Verbindung zwischen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit ausgehen. Ohne soziale Nachhaltigkeit, die zwingend die gleiche Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft und soziale Sicherheit zur Verwirklichung eines menschenwürdigen und selbstbestimmten Lebens für alle Menschen einschließt, ist die Schaffung und Bewahrung ökologischer Nachhaltigkeit nicht möglich. Aber mit Blick auf die sich anbahnende Klima- und ökologische Katastrophe wird auch klar: Ohne ökologische Nachhaltigkeit unter Beachtung der „planetaren Grenzen“ wird in Zukunft auch soziale Nachhaltigkeit nicht mehr möglich sein. Das alles wird Veränderungen im konkreten Lebensalltag der Menschen notwendig machen aber unter Beachtung sozialer Vorgaben. Generell gilt: Nur zusammen „funktionieren“ die 17 Ziele als wirksames und umfassendes gesellschaftliches Entwicklungsprogramm. Ahlke betonte, dass „Zukunftsfähiges Thüringen“ die in einem Antrag zwischen den Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion

im Verfassungsausschuss geeinten Inhalte mit Blick auf die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN als sehr positive Weiterentwicklung der Thüringer Verfassung. Deshalb setzt sich „Zukunftsfähiges Thüringen“ zusammen mit mehr als 20 im Verfassungsausschuss angehört Organisationen aus Thüringen dafür ein, dass diese Inhalte möglichst bald im Landtag endgültig beschlossen werden.

Im Rahmen der Veranstaltung kam erneut die dringende Bitte an die CDU-Fraktion, mit den Koalitionsfraktionen zusammen die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit herzustellen. Zum Abschluss seines Beitrags warb Josef Ahlke dafür, die 17 Nachhaltigkeitsziele noch mehr in der Öffentlichkeit beziehungsweise der Bevölkerung bekannt zu machen, zum Beispiel durch die Arbeit des Landtags und seiner Fraktionen.

Bedeutung der Verfassung

In den Diskussionsrunden der Veranstaltung wurde besonders deutlich, dass es sinnvoll bzw. notwendig ist noch mehr Leuten vor Ort die praktische Bedeutung der Verfassung für das alltägliche Zusammenleben zu verdeutlichen, auch mit Bezug auf konkrete Maßnahmen und Projekte. Deshalb, darin waren sich die Teilnehmer:innen auch einig, muss es mehr öffentliche Diskussionen zu Themen mit Verfassungsbezug geben. Ab Januar 2024, nach den Haushaltsverhandlungen, wird sich die Fraktion wieder verstärkt der Arbeit an Verfassungsthemen, vor allem den konkreten Inhalten der Staatsziele, zuwenden. Nach dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts und einem ganz aktuellen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Pflicht staatlicher Akteure zu konkreten Klimaschutzmaßnahmen ist auch deutlich: Staatsziele in der Verfassung sind wirksame Handlungsinstrumente um weitreichende und konkrete gesellschaftliche Veränderungen im Lebensalltag zu bewirken.

Wirtschaftsstandort Thüringen nicht gefährden



Markus Gleichmann,
Sprecher für Umwelt,
Klima- und Energiepolitik

In der Diskussion um den aktuellen Hilferuf eines Thüringer Glasherstellers nach dem Ausbau von Windkraft fordert Andreas Schubert, wirtschaftspolitischer Sprecher: „Was wir jetzt dringend brauchen, ist ein klimagerechter Umbau der Wirtschaft. Ohne diesen würde die Thüringer Industrie keine Perspektiven haben. Das zeigen auch die Forderungen der Thüringer Wirtschaft an die Landespolitik. Wir haben mit der Eigenkapitalstärkung der Thüringer Aufbaubank (TAB) in Höhe von 50 Mio. Euro und einem revolvingierenden Nachhaltigkeitsfonds bereits Ideen für konkrete Maßnahmen vorgelegt.“ Aktuell prüft der wissenschaftliche Dienst des Landtags verfassungsrechtliche Bedenken des von der FDP-Gruppe vorgelegten Gesetzentwurfs. Schubert erklärt: „Die Vorschläge von CDU und FDP zeigen einmal mehr, dass die Zusammenhänge von Klimaschutz und Dekarbonisierung mit den Entwicklungsperspektiven unserer Wirtschaft nicht verstanden werden. Statt mehr Tempo für Thüringen soll so der Stillstand organisiert werden.“

Markus Gleichmann, Sprecher für Umwelt-, Klima-, und Energiepolitik, ergänzte: „Windkraft darf nicht pauschal im Wald verboten werden. Das hat bereits das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht. Darüber hinaus gefährden die Verbotstendenzen von FDP und CDU den Wirtschaftsstandort Thüringen. Das hat zum Beispiel ein wichtiger Akteur der Thüringer Glasindustrie kürzlich deutlich gemacht. Erneuerbare Energien machen uns krisenfest und sind unverzichtbarer Bestandteil einer zukunftsfesten Energieversorgung. Das geht nur mit Windenergie, auch im Wald.“ Obwohl die Verfassungskonformität mehr als zweifelhaft ist, haben CDU, FDP und AfD gemeinsam eine entsprechende Gesetzesänderung der FDP extra auf den Freitagvormittag vorgezogen des Plenums im Dezember gezogen. Wir werden weiter dazu berichten.





Ein Blick zurück auf der Timeline...

Ein weiteres Jahr voller Herausforderungen, aber auch voller hoffnungsvoller Entwicklungen liegt hinter uns allen. Wir blicken zurück auf ein Jahr, das von zwei Kriegen überschattet war. Die globalen Krisen haben uns alle auch regional erreicht. Die Fraktion DIE LINKE steht fest an der Seite der Thüringerinnen und Thüringer. Wir wollen gemeinsam an der Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft arbeiten, die sich der sozialen Kälte und dem Rechtsruck entgegenstellt.

„Thüringen überall gleich gut“ bedeutet, dass dieser Zugang für alle Menschen gesichert ist. Auch dafür haben wir 2023 geworben und führen dies 2024 fort.



#GuteArbeit



Parlament



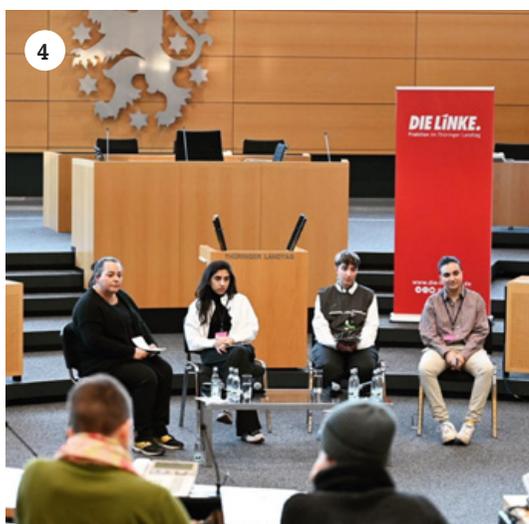
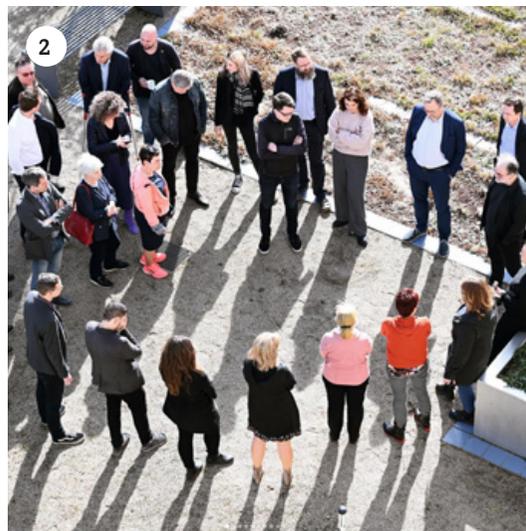
#GleichGut



Veranstaltungen



Spenden



Mit den Menschen sprechen

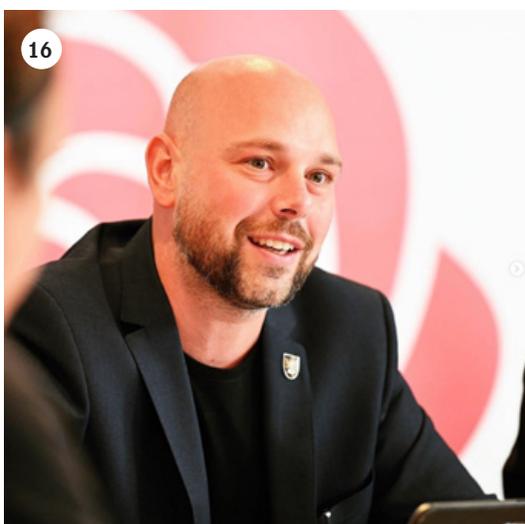
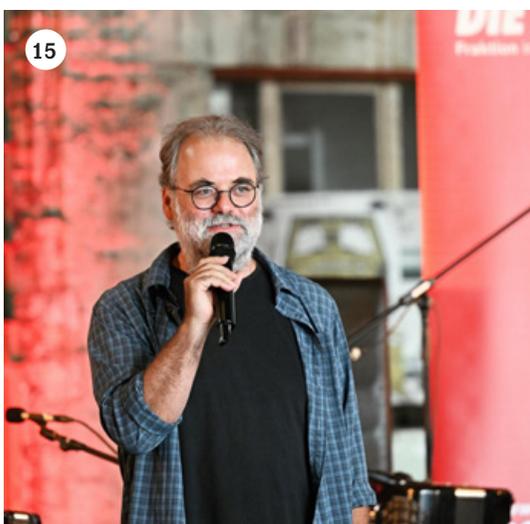
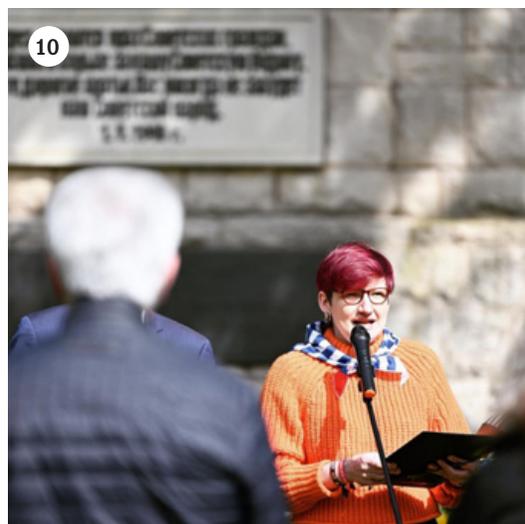
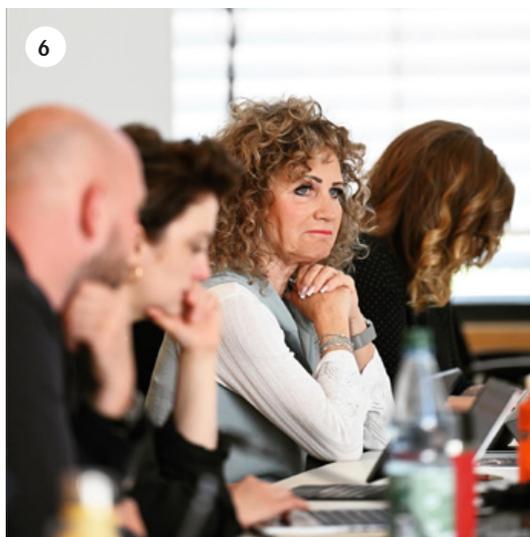
Anfang jeden Jahres gehört sie zu einem Pflichttermin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: Die Thüringen Ausstellung in der Messe Erfurt.

Auch 2023 haben wir uns gefreut bei der Thüringen Ausstellung vertreten zu sein, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und unsere Ideen vorzustellen, wie wir Thüringen nachhaltig gestalten wollen.

Sozial, ökologisch und demokratisch.



1. Anja Müller auf der Thüringen Ausstellung im Februar; 2. Am Rande des Plenums im März beraten sich die Abgeordneten; 3. Karola Stange bei einer Veranstaltung zum Paritätsgesetz in Thüringen; 4. Katharina König-Preuss bei der Veranstaltung „Jin Jiyān Azadi“ zur Situation von Frauen im Iran; 5. Bodo Ramelow und Naftali Fürst, dem Präsidenten des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD) zur Gedenkfeier zum 78. Jahrestag der Befreiung; 6. Birgit Pommer in der Fraktionssitzung am Mittwoch; 7. Minister Holter bei „Thüringen. Überall gleich gut.“



8. Lena Saniye Güngör u. Andreas Schubert bei einer Veranstaltung anlässlich des 30-jährigen Jahrestages des Kali-Fusionsvertrags; 9. Torsten Wolf im Plenum zur Novellierung des Schulgesetzes; 10. Kati Engel zum Gedenktag am 8. Mai. 11. Die Koalitionsfraktionen bringen Neuerung von Windenergiebeteiligungsgesetz ein; 12. Katja Maurer im Plenum; 13. Ute Lukasch u. Anja Müller in der Fraktionssitzung; 14. Ralf Plötner beim Protest der Apotheken-Mitarbeitenden; 15. Steffen Dittes beim Sommerfest des Alternative 54 e.V.; 16. Daniel Reinhardt in der PK zur Novellierung des Kindergartengesetzes; 17. Sascha Bilay u. Helmut Holter beim Thüringentag.



Gerade jetzt standhaft bleiben!

„Haltet Stand gegen die AfD, haltet Stand gegen den Rechtsruck, haltet Stand gegen rechte Gesetze, gegen rechte Anträge. Und vor allem haltet Stand in eurem eigenen Umfeld, weil die Zeiten vermutlich nicht so schnell besser werden. Aber wenn wir durchhalten, haben wir eine Chance. Und darauf setzen wir.“

Katharina König-Preuss, nachdem CDU, AfD, FDP gemeinsam im September-Plenum des Th. Landtages die Grunderwerbsteuersenkung durchgesetzt haben.



Wir wollen Sie mitnehmen...

Auch das nächste Jahr wird viele neue Herausforderung bringen, die wir nur gemeinsam, solidarisch und demokratisch lösen können. Dafür wollen wir Sie mitnehmen bei der Arbeit unserer Abgeordneten.

Folgen Sie uns auch 2024 auf unseren Online-Kanälen oder lesen Sie über aktuelle Entwicklungen im Parlamentsreport.

